

Volkswacht

Anzeigenpreise:

Die Spaltenzeile 25 Pfg. für auswärts 30 Pfg., die Doppelspaltene Zeile 50 Pfg., Arbeitsmarkt- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Die Wochenschrift erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend. Bezugspreis monatlich 35 Pfg., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den 2 bestellten Monaten monatlich 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. einschließlich Postgeld. Einzelnnummer 10 Pfg.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 46

Danzig, Sonnabend den 18. November 1916

7. Jahrgang

Der Kanzler zur Kriegs- und Friedenspolitik

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat am 9. November im Hauptauschuß des Reichstages eine hochbedeutende Rede über den Kriegsausbruch und davon anschließend über die Kriegspolitik der deutschen Regierung gehalten. An die Ausführungen haben sich Erklärungen aller Fraktionsführer angeschlossen. Der Reichskanzler hat in dieser Rede ausdrücklich bestätigt, was Scheidemann am 11. Oktober im Reichstag sagte: „Was französisch ist, soll französisch bleiben; was belgisch, belgisch; was deutsch, deutsch.“ „Ich habe“, sagte Herr von Bethmann, „bei der Besprechung unserer Kriegsziele die Annexion Belgiens niemals als unsere Absicht bezeichnet.“ Und über Frankreich: „Selbst dem hinverbranntesten Deutschen ist nicht der Gedanke gekommen, über Frankreich herzufallen, um ihm seine Kolonien zu nehmen. Es ist selbstverständlich, daß auch an die Annexion französischer Gebiets in Europa nicht im allerentferntesten gedacht wird.“ Diesen hinverbrannten Gedanken hat der Reichskanzler schon mit der bekannten Eingabe der sechs Verbände zurückgewiesen. Es bestätigt sich damit endlich vollkommen klar und eindeutig aus dem Munde des Reichskanzlers selbst, was wir immer behauptet haben: daß die Kriegspolitik der deutschen Regierung im Westen keine Veränderungen anstrebt.

Die Rede des Reichskanzlers bringt aber noch etwas sehr Gutes, nämlich das grundsätzliche Einverständnis Bethmanns mit Greys Vorschlag einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit nach dem Kriege. Was Herr v. Bethmann darüber gesagt hat, muß jeder Sozialdemokrat unterschreiben. Wenn es jenseits der Fronten schon wieder eine Spur von ruhiger Einsicht und Friedensliebe gibt, müssen keine Ausführungen über diesen wichtigen Gegenstand einen sehr starken Eindruck machen. Die Kriegsziele der deutschen Regierung sind jetzt also ziemlich klar geworden: keine Veränderungen im Westen! Im Osten ein vor Rußland unabhängiges Polen, dessen Anlehnung an die Zentralmächte gewünscht wird! Einverständnis mit der Errichtung internationaler Schiedsgerichte zur Vermeidung neuer Kriege!

Der Reichskanzler hat sich auch über die Kriegsziele der Gegner ausgesprochen, über die er nach seiner Versicherung zuverlässig unterrichtet ist. Allerdings sind seine Angaben darüber weder so authentisch noch sicher so vollständig, wie jene, die er über seine eigenen Absichten machen konnte. Diese Kriegsziele sind: Elsaß-Lothringen den Franzosen; Konstantinopel, der Bosphorus und das Westufer der Dardanellen den Russen; Aufteilung Kleasiens unter die Ententemächte. Ob dieses Programm richtig ist oder nicht, werden dessen Urheber nun selber zu sagen haben. Hoffentlich werden sie von den Friedensfreunden in ihren Ländern dazu gezwungen werden. Nach zweieinviertel Jahren des Morgens wollen die Völker Europas endlich wissen, warum sie sich schlagen.

Die Völker Europas werden schließlich die einmütige Frage erheben: Wenn alle Mächte in der Absicht übereinstimmen, künftige Kriege zu vermeiden, warum vermeiden sie nicht jetzt schon die Fortsetzung dieses entsetzlichen Krieges, indem sie die Verschiedenheit ihrer Kriegsziele durch Verständigung zu beseitigen suchen? „Wenn bei uns und nach Beendigung des Krieges der Welt seine entsetzlichen Verwüstungen an Gut und Blut erst zum vollen Bewußtsein kommen werden, dann wird durch die ganze Menschheit ein Schrei nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen gehen, die, soweit es irgend in Menschenmacht liegt, die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Katastrophe verhüten. Dieser Schrei wird so stark und so berechtigt sein, daß er zu einem Ergebnis führen muß.“ So sprach der Kanzler!

Wir sind nicht der Meinung, daß es der Welt heute noch an dem Bewußtsein fehlt, oder daß es ihr noch lange an dem Bewußtsein fehlen wird, welche Verwüstungen der Krieg angerichtet hat. Den starken und berechtigten Schrei des Volkes nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen hören wir schon jetzt. Dieser Schrei wird allen Regierungen hörbar werden, ja mehr sie darauf verzichten, ihn zu unterdrücken. Und er muß auch zu einem Ergebnis führen — einmal kommt der Friede doch, mögen bis dahin auch noch ungezählte Opfer fallen, und er wird dann kaum wesentlich anders aussehen, als wenn er schon heute abgeschlossen würde!

Der Reichskanzler ist auch, zur Antwort an Grey, in breiten Ausführungen auf die Vorgeschichte des Krieges zu sprechen gekommen. Das Extrablatt des „Berliner Post-Anzeigers“ vom 30. Juli 1914 spielte dabei eine große Rolle. Der Reichskanzler stellte fest, daß das Blatt, das die verächtliche Falschmeldung über die Mobilmachung enthielt, sofort beschlagnahmt, die in ihm enthaltene Nachricht rechtzeitig in Petersburg demontiert wurde. Es wäre sicher verkehrt, alle

Schuld am Kriegsausbruch auf die falsche Sensationsmeldung einer Zeitung zu wälzen; dennoch ist damals von Leuten, die im Gegensatz zum Reichskanzler standen, ein böses Spiel mit dem Weltfrieden getrieben worden, und noch ist nicht aufgeklärt, wer diese Leute gewesen sind.

Englands Standpunkt

Benige Stunden nach der Rede des Reichskanzlers hat auch der englische Ministerpräsident Asquith in der Londoner Guildhall gesprochen. Die Ausführungen des Herrn von Bethmann konnten ihm leider zu dieser Zeit noch nicht bekannt sein — es wäre sehr interessant gewesen, sogleich ein offizielles Echo aus London zu hören — aber immerhin, auch die Rede des englischen Ministerpräsidenten zeigt eine starke Abschwächung gegenüber den Tönen, die noch wenige Wochen zuvor von seinen Ministerkollegen angeschlagen worden sind.

Von der Vermittlung Deutschlands findet sich in dieser Rede kein Wort mehr. Auffälligerweise auch — wenn die Berichte vollständig sind — nichts von Polen. Die Kriegslage wird so geschildert, wie sie ein gegnerischer Staatsmann schildern muß, optimistisch, aber ohne Heberschwang. Schließlich laufen die Darlegungen des englischen Ministerpräsidenten auf eine Verteidigung gegen die Anklage hinaus, daß England den Krieg endlos fortzusetzen bestrebt ist. Ein bemerkenswerter Fortschritt, der uns zeigt, daß auch in England die Friedensströmungen im Steigen sind.

„Ja, den Frieden wollen wir, aber nur unter der einen Bedingung, daß der Krieg . . . nicht vergeblich gewesen sein soll.“ Und wann ist er nicht vergeblich? Herr Asquith antwortet: Wenn der Frieden „aufgebaut ist auf einer sicheren und festen Bürgschaft: Für die Schwachen, für die Freiheit Europas und für die zukünftige Freiheit der Welt“.

Das ist eine sehr weite Formulierung, die man in Deutschland ohne weiteres annehmen kann. Leider aber gehen die Begriffe von Freiheit sehr weit auseinander, weil das schöne Wort auf beiden Seiten staatliche Machtbestrebungen deckt, die einander diametral entgegengesetzt sind. Darüber darf man sich nicht täuschen. Wir fragen aber, wessen Freiheit bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge — selbst den bösen Willen vorausgesetzt — durch Deutschland bedroht sein soll.

Die Polen haben an Freiheit gar nichts zu verlieren und alles zu gewinnen: den eigenen Staat und freiere Lebensverhältnisse in Oesterreich wie in Deutschland. An eine Annexion Belgiens wird, wie der Reichskanzler versichert, gar nicht gedacht. Die Annahme gar, daß die Freiheit Englands, Rußlands, Frankreichs oder Italiens durch die Zentralmächte bedroht sein könnte, ist zu lächerlich, als daß sie eine ausführliche Erörterung verdient. So hat sich Herr Asquith — der so wenig wie von Polen auch von Elsaß-Lothringen sprach, eigentlich nur auf einen Punkt verweist: auf Serbien, und klagen ließ er aus, daß niemand auf deutscher Seite sich bereit gezeigt habe, die Forderung auf Wiederherstellung Serbiens als berechtigt anzuerkennen.

Dieser Hinweis auf Serbien klingt wie eine Verlegenheitsausflucht. Sollte wirklich die Verständigung der streitenden Kogitionen an der serbischen Frage scheitern müssen? Ein paar Monate Krieg kosten mehr Menschen, als das unglückliche Serbien heute noch Einwohner zählt. Und wenn die Wiederherstellung Serbiens für England ein Ehrenpunkt ist, so ist es keineswegs ein Ehrenpunkt für Deutschland, daß Oesterreich Serbien behalten muß. Als die Oesterreicher Ende Juli 1914 in Serbien einmarschierten, wurde in Wien die Erklärung abgegeben, daß die territoriale Unversehrtheit Serbiens aufrechterhalten werden solle. Höchstens würde es sich um die Frage handeln, ob einige Quadratmeilen Landes zu Serbien oder zu Bulgarien zu schlagen sind. Der Gedanke, daß sich Deutsche und Engländer deswegen vielleicht noch ein Jahr lang die Hälse abschneiden sollen, ist grotesk.

Herr Asquith unterschiebt den Zentralmächten Annexionspläne, die sie nie vertreten haben, über die Eroberungsabsichten seiner Verbündeten aber schweigt er. Er sagt nicht: wir Engländer werden weiterkämpfen, bis Frankreich, Elsaß-Lothringen, Italien Triest und Trient, Rußland Konstantinopel bekommt. Er kann das nicht sagen, denn die Engländer würden sich darüber wundern. Die Engländer sind nämlich — das soll gar kein Vorwurf sein — in ihrer Politik Egoisten, und ein solcher Erzeß der Rücksichtlosigkeit würde bei ihnen kein Verständnis finden. Sie wollen nicht ihr Leben opfern, um anderen Mächten, vor allen dem alten Rivalen Rußland, zu größerer Stärke zu verhelfen.

Herr Asquith macht mit seiner Guildhall-Rede nicht mehr den Eindruck eines Mannes, der keiner Sache sicher ist, und er macht überhaupt nicht den Eindruck eines Mannes, der nicht mit sich reden läßt.

Herr Asquith weiß ganz genau, daß er geschoben wird, er weiß aber nicht genau wohin, und das erfüllt ihn mit

Sorgen, die aus seiner Rede deutlich genug hervorschaun. Gäbe es in England schon eine so starke Friedensbewegung wie in Deutschland — vielleicht würde er sich von ihr nicht so ungern tragen lassen!

Alles in allem, ist seine Guildhall-Rede ebenso wenig wie die Rede Bethmann Hollwegs als ein ungünstiges Vorzeichen zu betrachten. Solche Vorzeichen soll man nicht überschätzen — die Enttäuschung wäre zu grausam — wohl aber, sind sie eine Ermunterung für uns, unsere Arbeit für den Frieden fortzusetzen.

Kriegsnachrichten

Die russische Mobilmachung zugleich die Kriegserklärung an Deutschland. Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom Sonnabend, dem 11. November, (Erste Ausgabe), den russischen Geheimbefehl, den der Reichskanzler in seiner Rede am Donnerstag vor den Mitgliedern des Reichshaushaltsausschusses erwähnt hat. Der Befehl ist datiert vom 30. September 1916, geht vom Chef des Stabes des Warschauer Militärbezirks aus und ist an den Kommandeur des 6. Armee-Korps gerichtet. In seinen Hauptzügen lautet er:

„Allerhöchst ist befohlen, daß die Verkündung der Mobilisation zugleich auch die Verkündung des Krieges gegen Deutschland ist.“

Die bewaffneten Kräfte Rußlands werden in einige Armeen zerlegt, die vorher bestimmt sind zu Operationen gleichzeitig sowohl gegen Deutschland wie auch gegen Oesterreich-Ungarn.

Die allgemeine Aufgabe der Truppen der Nordwestfront ist: Nach Beendigung der Konzentrierung, Uebergang zum Vormarsch gegen die bewaffneten Kräfte Deutschlands mit dem Ziele den Krieg in dessen Gebiet hinüberzutragen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt zu diesem Geheimbefehl: „Dieser Befehl vom Jahre 1912 ist nicht aufgehoben worden, war mithin bei Ausbruch des Krieges im Juli 1914 noch gültig; er ist zweifellos bei dem engen Zusammenarbeiten zwischen dem russischen und französischen Generalstab auch der französischen Regierung und durch diese auch der englischen bekannt gewesen oder während der letzten Jahre vor dem Kriege eine dauernde Verbindung zwischen dem französischen und englischen Generalstab bestand, was durch die häufigen Reisen des Generals French nach Frankreich auch äußerlich zum Ausdruck gekommen ist.“

Die Beute von Konstanza

Die „Bölnische Volkszeitung“ meldet aus Sofia: Die Zählung der Beute von Konstanza geht zu Ende. Es wurden gezählt 30 000 Tonnen Petroleum, 27 000 Tonnen Benzol, 17 000 Tonnen Mineralöl, sehr große Vorräte an Getreide, Zucker und Kaffee, die für eine mehrtägige Verpflegung der rumänischen Armee und der Bevölkerung bestimmt waren.

7000 Kilogramm Bomben auf französisches Gebiet geworfen

Amlich wird vom W. I. B. aus Berlin gemeldet: Feindliche Flugzeuge griffen am 10. November zwischen 9,30 und 10,50 Uhr abends Ortschaften und Fabrikanlagen im Saar-Gebiet an. Da die Bomben zum Teil auf freies Feld fielen, zum Teil überhaupt nicht explodierten, wurde nur geringer Sachschaden angerichtet, militärischer Schaden überhaupt nicht. Dagegen wurden verschiedene Wohnhäuser getroffen und dabei in Burbach ein Einwohner getötet, einer schwer und zwei leicht verletzt. In Dillingen wurden zwei Einwohner leicht verletzt. In Saargemünd wurde durch einen verirrten Flieger ein Haus zerstört und dabei zwei Einwohner getötet und sechs leicht verletzt. Ein Angriff auf lothringische Ortschaften und Fabrikanlagen, der am selben Tage kurz vor Mitternacht erfolgte, blieb gänzlich erfolglos.

Nach in derselben Nacht warfen unsere Flugzeuggeschwader über 1000 Kilogramm auf Lunéville, Nancy und den Flugplatz Malzeville ab. An der Somme belegten unsere Bombengeschwader in derselben Nacht die Bahnhöfe, Munitionslager, Truppenunterkünfte und Flugplätze des Feindes mit nahezu 6000 Kilogramm Bomben. Noch lange war der Erfolg durch gewaltige Brände weithin sichtbar.

Russisches Dinienschiff gesunken

Die in Kopenhagen eingetroffenen russischen Zeitungen enthalten folgende Meldung des russischen Admiralfstabes: Am 20. Oktober, 7 Uhr früh, brach auf dem Dinienschiff „Imperatrice Maria“ ein Brand aus, der eine Explosion verursachte. Der Brand brach in den Deibelkältern aus und ergriff trotz aufopfernder Arbeit der Offiziere und Mannschaften die Munitionskammern. Das Schiff sank. Vier Offiziere und 145 Mann sind ertrunken. Außerdem starben 64 Mann an den erlittenen Brandwunden. Das Schiff liegt in tiefem Wasser auf der Reede von Sebastopol. Man hofft es heben zu können.

Vollständige Rundschau Kriegs-Dienstpflicht

Die „Berliner Zeit am Mittwoch“ schreibt, daß der Bundesrat sich bereits in den nächsten Tagen mit einer Vorlage beschäftigen wird, durch die in Anlehnung an den Gedanken der militärischen Dienstpflicht die Verpflichtung zur Arbeit in öffentlichen Diensten für alle diejenigen festgesetzt werden soll, die nicht schon auf Grund der Wehrpflicht zu solchen Diensten herangezogen werden können. Mit einer gewissen Einschränkung kann jedoch angenommen werden, daß eine Erhöhung der Altersgrenze der Wehrpflicht ebenfalls in Frage kommt, wie eine unabhängige Wehrdienstpflicht der Frauen. Die grundsätzliche Durchführung der Wehrdienstpflicht hätte zunächst zur Folge, daß alle diejenigen zur Arbeit im öffentlichen Interesse herangezogen werden, die ein Einkommen besitzen, ohne eine Tätigkeit auszuüben, oder die eine solche Tätigkeit ausüben, die nicht im öffentlichen Interesse und im Interesse der Arbeitsleistung des Wirtschaftslebens im Kriege liegt. Die Altersgrenze für diese Dienstpflicht dürfte beim 60. Lebensjahre liegen. Wenn die Vorlage dem Bundesrat passiert hat, also in acht bis vierzehn Tagen, dürfte der Reichstag zur Beratung der neuen Vorlage zusammenzutreten. Wenn daher auch gegen den Plan, die Wehrdienstpflicht einzuführen, grundsätzlich keine einzige Stimme erheben, im Gegenteil übermann sie gutheißen wird, so haben Bundesrat und Reichstag die Verpflichtung, den Grundgedanken dieser Arbeitspflicht mit Schutzmaßnahmen zu umgeben.

Ueber die Dienstpflicht und über die Aufgaben des neu geschaffenen Kriegsamtes hat in Berlin der Chef des Kriegsamt, General Gröner, wie uns mitgeteilt wird, vor Pressevertretern einen Vortrag gehalten. Darin führte er aus:

Die Aufgabe des Kriegsamt stelle sich sonach dar als die Organisation der gesamten Kriegsarbeit, wobei der Begriff Kriegsarbeit so weit zu fassen ist, daß auch der Einsatz für das Feldheer mit einbegriffen ist, also die Verbindung aller Menschen, sowohl im bunten wie im grauen und im Zivilrock. Daher seien auch alle Stellen des Kriegsministeriums und die sonstigen Stellen, die mit dieser Kriegsarbeit bisher zu tun hatten und noch zu tun haben, zusammengefaßt worden in einer gewaltigen Organisation, dem Kriegsamt.

Das ganze Kriegsamt sei als eine große Firma gedacht und organisiert, die den Zweck hat, die höchste Produktion herauszubekommen. Aufgabe des Kriegsamt sei die Arbeitskräfte des deutschen Volkes mobil zu machen. Die bisherige Mobilmachung des Heeres und der Industrie gelte nicht mehr. Der ganze Krieg werde mehr und mehr zu einer Arbeiterfrage. Was helfe es, wenn unsere tapferen Truppen draußen standhalten und dort verbluten, wenn aber in der Heimat nicht alles daran gesetzt wird, das Feldheer zu speisen? Als diese Stütze müsse die heimatische Armee im weitesten Maße mobil gemacht werden. Um die richtige Form hierfür zu finden, schweben noch die Verhandlungen. Der Bundesrat habe hierüber zunächst zu entscheiden. Es handle sich jetzt alle um die Frage, wie die Arbeitskräfte aus dem Volke herausgeholt werden können. Selbstverständlich werde hierbei in erster Linie mit der Freiwilligkeit gerechnet, insbesondere mit den Kräften der Frauen. Das genüge aber noch nicht, und man werde daher auch nicht um die Festlegung der Arbeitspflicht herumkommen. Welche Formen diese Arbeitspflicht annehmen werde, könne noch nicht gesagt werden. Die Maßnahmen würden getroffen im Interesse einer kriegsrechtlichen Grundordnung des Krieges, nicht im dem Sinne, daß wir unsere Feinde niederschlagen und vernichten wollen. Wachsen in dem Sinne, daß wir die Existenz unseres Volkes, aller Bevölkerung und nicht zuletzt die Existenz unserer Arbeiter, die Zukunft unseres Volkes sicherstellen müssen.

Was eine am Sonntag hatte im „Berliner Tageblatt“ der Vorsitzende des Reichsverbandes der Bundesversicherungsanstalt für die Arbeiter, Herr Dr. Schöner, über die allgemeine Wehrdienstpflicht geschrieben. Der „Berliner“ hat den Artikel einer Ergänzung unterzogen, und er lautet am Schluß:

„Wir sind glücklich über die Ausdehnung des Arbeitsamtes auf den Wehrdienst, die heute schon arbeiten, aber ihre Arbeit dort machen, wo sie am besten gebraucht werden. Wenn man die Wehrdienstpflicht durch Wehrdienstpflichten ersetzen will, muß man auch die Arbeiter in die Wehrdienstpflicht einbeziehen, denn die Wehrdienstpflicht ist die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt. Die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht ist die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt. Die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht ist die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt.“

— Ueber den Wehrdienstvertrag des Reichstages wegen der Einleitung der allgemeinen Wehrdienstpflicht ist man, nach der „Berliner Zeitung“, in den Verhandlungen nicht im Einklang gekommen. Der Reichstag wird auf alle Fälle mit der Einleitung der Wehrdienstpflicht einverstanden sein, und zwar nach der Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt.

— Keine Verlängerung der Wehrdienstpflicht. Der Reichstag hat die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt. Die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht ist die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt.

— Ueber den Wehrdienstvertrag des Reichstages wegen der Einleitung der allgemeinen Wehrdienstpflicht ist man, nach der „Berliner Zeitung“, in den Verhandlungen nicht im Einklang gekommen. Der Reichstag wird auf alle Fälle mit der Einleitung der Wehrdienstpflicht einverstanden sein, und zwar nach der Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt.

— Keine Verlängerung der Wehrdienstpflicht. Der Reichstag hat die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt. Die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht ist die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt.

— Ueber den Wehrdienstvertrag des Reichstages wegen der Einleitung der allgemeinen Wehrdienstpflicht ist man, nach der „Berliner Zeitung“, in den Verhandlungen nicht im Einklang gekommen. Der Reichstag wird auf alle Fälle mit der Einleitung der Wehrdienstpflicht einverstanden sein, und zwar nach der Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt.

Die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht ist die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt. Die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht ist die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt.

Das neue Königreich Polen.

Die Mitglieder der polnischen Fraktionen im Reichstag und im Abgeordnetenhaus können, so teilt das „Berliner Tageblatt“ mit, infolge eines Fraktionsbeschlusses sich zu der Wiederherstellung des Königreichs Polen nicht äußern. Die Fraktion wird im gegenwärtigen Augenblick mögliche Zurückhaltung bewahren. Wie uns aber von führender Seite erfährt wird, betrachten die polnischen Fraktionsmitglieder einstimmig die jetzige Lösung „als ein Plus“, unter der Voraussetzung, daß bei der Durchführung der Neugestaltung nicht Bestimmungen getroffen würden, die, nach Ansicht der polnischen Abgeordneten, geeignet wären, den Wert dieses „Plus“ illusorisch zu machen.

Polen

— Schaffung eines Staatsrates und eines Landtages. Wie aus Warschau das „V. I. S.“ meldet, hat der Generalgouverneur eine Verordnung erlassen, die die Bildung eines aus Wahlen hervorgehenden Staatsrates im Königreich Polen anbahnt. Der Staatsrat berät die ihm vorgelegten Gesetzentwürfe, hat das Recht von Initiativentwürfen und bereitet die Beschlüsse des Landtages vor. Dem Landtage können ebenfalls Gesetzentwürfe und sonstige für das Land wichtige Fragen zur Beratung und Beschlüßfassung vorgelegt werden. Ihm steht ein Steuer- und Anleiherecht zu. Damit er schon von vornherein bestimmte Ausgaben hat, ist ihm die Beschlußfassung über den in der Kreisordnung vorgezeichneten Dotationsfonds, über den Landesmeliorationsfonds und über einen Fonds zum Aufbau der zerstörten Dörfer übertragen. Die Verhandlungen des Staatsrates und Landtages, an denen der Verwaltungschef als Kommissar der Regierung teilnimmt, werden in polnischer Sprache geführt. Es soll damit ein erster Schritt zur Vorbereitung einer polnischen Staatsverwaltung getan werden.

Präsidentenwahl in Amerika.

Ein netter Kobold hat sein Spiel mit der Präsidentenwahl in Amerika gehabt. Erst meldet der Telegraph kurz und bündig: Hughes ist gewählt. Sofort wurden die Federn der Journalisten in ganz Europa in die Tinte getaucht und in zahlreichen Leitartikeln dieses Ereignis gefeiert. Wilson wurde zu den Toten gemorant. Aber Wilson lebt noch und dann wurde eben so sicher gemeldet: Wilson ist gewählt! Diese Nachricht ist richtig. Die Republikaner hatten zu früh triumphiert. In früheren Jahren war der Ausfall der Wahlen im Staate New York für den ganzen Staat entscheidend, und da diesmal Hughes dort gewählt worden war, so wurde sein vollständiger Sieg in die ganze Welt telegraphiert. Aber es ist anders gekommen. Der Demokrat Wilson hat in Staaten die Mehrheit bekommen, die man für die Republikaner als sicher hielt, und nachdem einige Tage lang das Resultat zweifelhaft war, ist nunmehr der frühere Präsident doch wiedergewählt worden.

Bei der Wahl hat der Weltkrieg eine bedeutende Rolle gespielt. Die deutschen und irischen Wähler, die früher demokratisch wählten, sind diesmal zum größten Teil ins andere Lager übergegangen. Zwar durfte man sich von Hughes auch nicht viel erwarten, aber man wollte Wilson um jeden Preis wegen seiner Begünstigung Englands niederstimmen. Umgekehrt meint der Umstand, daß Hughes von den Deutschen unterstützt wurde, zahlreiche Englandfreunde veranlaßt zu haben, von der republikanischen Partei zur demokratischen hinüberzueweichen.

Herr Wilson hat sich früher immer als Friedensfreund aufgeputzt. Wenn er diese Grundzüge oft in die Ecke gesteckt hat, so war die Sorge um seine Wiederwahl zweifellos mitbestimmend. Nunmehr kann er sich ungehindert seinen politischen Neigungen hingeben, und es ist eine Frage der Zukunft, ob Wilson für uns nicht ein besserer Präsident als Hughes ist. Viel wert sind beide nicht.

Nach einem Telegramm des Vertreters der Königlich Preussischen Partei in der Vereinigten Staaten 300 000 Stimmen gewonnen und 35 Vertreters in verschiedenen gesetzgebenden Körpern durchgebracht. Die Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen dürfte demnach 1 250 000, eine für die amerikanischen Wahlverhältnisse sehr erhebliche Ziffer, überschritten haben.

Vollständige Rundschau

Die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht ist die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt. Die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht ist die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt.

Vollständige Rundschau

Die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht ist die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt. Die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht ist die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt.

aus aus anderen Industrieversehrten wird mit Sicherheit immer noch nicht gelangen. In eine ausreichende, einheimische Erzeugung der Rohstoffe zu gelangen. Im Siegerland soll seit Monaten die erste große geographische Jammere verzeichnet werden. Von diesen Dingen scheint man in den rein landwirtschaftlichen Kreisen des Siegerlandes und in den Kreisen der führenden Industrie nicht genügend unterrichtet zu sein. Die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht ist die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt.

Hindenburg ermahnt dann den Reichskanzler, allen Bundesregierungen, Verwaltungs- und Kommunalbehörden den Ernst der Lage vor Augen zu führen. Sie sollten sich mit starken Persönlichkeiten aller Parteien vereinen, um eine bessere Ernährung der Kriegsindustriearbeiter zu gewährleisten. Er schreibt, habe den Eindruck, „daß der beste Wille und die Tatkraft unserer in ihrer Tüchtigkeit und Lauterkeit unübertrefflichen Beamtenwelt müde durch das Bestreben, in langwierigen Beratungen den Bedenken aller Art möglichst gerecht zu werden. Unentschlossenheit ist die Folge. Eure Exzellenz wollen die darin liegende Gefahr nicht verkennen. Das Volk will starke, entschlußkräftige Beamte sehen, dann wird es auch selbst stark sein und mancher unangenehme Maßnahme willig sich beugen.“

Sowohl Hindenburg, und der Reichskanzler soll ihm in seinem Schreiben an die Bundesregierungen in vollem Umfang zugestimmt haben. Alle Beschwerden und Klagen sind hier endlich von maßgebender Stelle begriffen und weitergegeben worden; die von unserer Seite erhoben wurden, als die ersten Ernährungsschwierigkeiten auftraten. Man hat uns nicht gehört und fortgeworfen; jetzt sind wir denn so weit, daß der bedrohliche Zusammenbruch unentbehrlicher Arbeitskraft die Augen öffnet und alle Versäumnis offenbar wird. Es ist erfreulich, daß Hindenburg einen Kern der Schwierigkeit erkannt und feststellt: die absolute Teilnahmlosigkeit weiter landwirtschaftlicher Kreise gegenüber den Erfordernissen des Ganzen. Aber wir fürchten, daß seine Mahnung zur freiwilligen Zuführung von Lebensmitteln an den Verbrauch keinen fruchtbaren Boden findet. Nicht anderes bleibt schließlich als der Zwang. In diesem Augenblick, wo eine weitgehende Arbeitspflicht unter Anwendung von Zwangsmaßnahmen durchgeführt wird, fallen alle grundsätzlichen Bedenken gegen den landwirtschaftlichen Produktionszwang, niemand wird einsehen können, warum sich denn nicht auch der Landwirt mit all seinen Kräften der Gemeinschaft dienlich zu machen brauchte; warum man bei der Lebensmittelerzeugung weiter auf wahrlich schlecht genug erprobte Freiwilligkeit und vollständige Wahllosigkeit der Erzeugung angewiesen sein soll, die sich allein nach dem jeweils durch Höchstpreis gesicherten Gewinn richtet.

— Dr. Heim gegen die sich an Blutgeld bereichernden Bauern. Der bayerische Bauernführer Dr. Heim richtete einen stammenden Aufruf an die gesamte Bauernschaft Bayerns. Anlaß zu dem Aufruf gab dem bayerischen Bauernführer die große Kriegstagung der bayerischen Bauern in Regensburg. Dr. Heim rief, nach einer Mitteilung der „Tägl. Rundschau“, den Bauern ins Gewissen, daß es ungerecht und um jede Stunde, die er sich für den Bauernstand abgemüht habe, schade wäre, wenn es die Bauern dazu brächten, in ihrer Mehrheit aus dieser Zeit der Not Kapital zu schlagen und sich an Blutgeld zu bereichern. Wer es aber tut, macht sich einer himmelschreienden Sünde schuldig, so rief Dr. Heim seinen Bauern zu.

— Die Notlage der Beamten. Landtagsabgeordneter Debus schreibt im „Berliner Tageblatt“ über den Notstand der Beamten unter anderem:

„Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, mit Gehältern von 12—1500 Mark und 100 oder 150 Mark jährlicher Kriegsbeihilfe bei harter Familie die einfachsten Lebensbedürfnisse bestreiten zu können. Da muß Unterernährung Platz greifen. Der amtliche Bericht eines beamteten Arztes, der besonders bei den Kindern der Eisenbahnunterbeamten in einer Schule der Stadt Halle vor allen an deren Kindern mangelhafte Ernährung feststellte, gibt zu denken. Das paßt zu dem Bild, das sich täglich im großen Betriebe der Verkehrsverwaltungen wiederholt, daß Unterbeamte, ja, sogar mittlere Beamte wegen Unterernährung den Anstrengungen des Dienstes nicht mehr gewachsen sind. Daneben schreibt die Verhinderung der Beamtenfamilie unaufhaltsam fort. Das Ende des siegreichen Krieges bedeutet für die Beamtenfamilie den wirtschaftlichen Zusammenbruch, wenn nicht recht bald ausgiebige Hilfe einsetzt. Tausende von Beamtenfamilien sind nahezu am Ende ihrer Kraft, da ist es Pflicht des Staates, sie zu stützen.“

Die Lage weiter Sichteten der Arbeiterbevölkerung ist noch ungünstiger. Deshalb sollte die Leuerung so entschieden wie irgend möglich bekämpft werden.

— Brotgetreide als Pferdefutter verwandt der Gutsbesitzer Emil Bohn in Buchholz (Westpr.). Er halte ganze Roggen garben zu Häcksel verschneiden lassen. Bohn war deshalb vom Schönhauer Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 1000 M. verurteilt worden, legte gegen dieses Urteil Berufung ein und ersuchte sich damit, daß aus Versehen nur zwei Roggen garben beim Häckseln zerschneiden worden sind. Die Königer Strafkammer verwarf jedoch seine Berufung.

Danziger Nachrichten

Seld einig!

Wid brauchte der Sturm um den Tannenwald. Es waren alte und starke Stämme; in ihren Kronen wühlte der Sturm, daß sie umklatterten wie Meeresbrandung an einer Felsenküste; dürre Keste wurden krachend zu Boden geschleubert. Den Stämmen aber konnte die Wucht des Sturmes nichts anhaben; sie wiegten sich nur wenig hin und her. Warum konnte der Sturm sie nicht entwurzeln und zerbrechen? Weil sie zusammenstanden und eine Mauer bildeten an der die Gewalt des Sturmes sich brach.

Vollständige Rundschau

Vollständige Rundschau

Die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht ist die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt. Die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht ist die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht bis zu dem Punkt, wo sie die Wehrdienstpflicht der allgemeinen Wehrdienstpflicht übersteigt.

Danziger Nachrichten

Stadttheater.

Am Sonnabend kommt, neu einstudiert, Othello von Shakespeare zur Ausführung.

Sonntag nachmittag wird zum neunten Male bei gewöhnlichen Preisen „Das Dreimäderlhaus“ gegeben.

Am Montag, Mittwoch, den 22. November, findet abends 7 1/2 Uhr ein Konzert unter Leitung des Kapellmeisters Viktor W. Schwarz mit bedeutend verstärktem Orchester und Mitwirkung der Herren Friß Rupp (Gesang), Königl. Musikdirektor Friß Binder (Klavier), Konzertmeister Paul Händel und Wilhelm Brand (Violine), Eric Bergmann (Violoncell), Fräulein Elisabeth v. Bärenfels, Barnow und Herrn Karl Schmidt (Klavier) statt.

Boisjählung. Der Bundesrat hat Bestimmungen über die Bornahme einer Volkszählung am 1. Dezember 1916 erlassen.

Angestelltenversicherung.

Mit Ablauf des Jahres 1916 wird der größte Teil der im Jahre 1912 ausgestellten Versicherungsarten Nr. 1 gefüllt sein.

Den Kindern

Ihr wißt nichts von der Zeit, wißt nur, daß irgendwo im Weiten ein Krieg geschlagen wird, und zimmert Holz zu Schwert und Schild und Speer.

Die dazu nötigen Vorbrude zu Aufnahme- und Versicherungsarten sind von den Ausgabestellen zu beziehen.

Licht- und Wärmestuben.

Der Mangel an Petroleum ist in erster Linie für den Erwerb der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen sehr nachteilig.

Strafbarkeit der Käufer bei Höchstpreis-Überschreitungen.

Man schreibt uns von zünftigiger Stelle: An die Höchstpreise ist nicht nur der Verkäufer, sondern auch der Käufer gebunden.

Gegen die Gewerbeordnung

Sollten der Angestellte des Zimmererverbandes Engelhardt und der Zimmerer Jürgen verstoßen haben. Sie hatten sich am 11. November vor dem Schöffengericht wegen Verletzung des bekannten § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten.

Kleines Feuilleton

Wie wir zu unserer Eisenbahnspurweite kamen. Die Spurweite unserer Eisenbahngleise beträgt 1435 Millimeter.

Aus der Geschichte der Papierstoffbereitung. In China geschah das Reinigen und Lösen der für die Papierbereitung geeigneten Pflanzenstoffe durch Abschaben der Rinde und Kochen in Aschenlauge.

dies auch für das Baugeschäft Böbling gelten. Der Inhaber hat jedoch ausdrücklich erklärt, daß E. nicht bei ihm gewesen ist und auch sonst eine solche Forderung nicht gestellt hat.

Die Verurteilungen

des früheren Hochschuldirektors Böhling sind nunmehr, nach Mitteilung der Elbinger Zeitung, auf 470 730 Mark festgesetzt.

Aus Westpreußen

Ausfuhrverbote für Lebensmittel in den Danziger Landkreisen. Der Landrat des Kreises Danziger Niederung erläßt in Nummer 99 des Kreisblattes vom 11. November einen Hinweis auf Ausfuhrverbote von Kartoffeln und Eiern.

Hauschlachtungen

Mehreren Anfragen aus den Kreisen unserer Leser Rechnung tragend, sei in bezug auf die Bestimmungen über Hauschlachtungen folgendes mitgeteilt:

Personen, die für den eigenen Verbrauch gemeinsam Schweine mästen, bedürfen zur Hauschlachtung der Genehmigung des Kommunalverbandes, auch für Rindvieh.

Das aus Hauschlachtungen gewonnene Fleisch kann zum Verbrauch im eigenen Haushalt verwendet werden. Hat der Selbstversorger bereits Fleischkarten erhalten, so hat er eine entsprechende Anzahl Fleischkarten an die Ausgabestelle zurückzugeben.

Pensionschweine.

Um das weitere Ueberhandnehmen dieser inzwischen auch dem Kriegsernährungsamt recht lästig gewordenen

bereitung wurde auch von den Arabern geübt und durch sie kam sie nach Europa. Im 15. Jahrhundert soll in Deutschland, nach der „Zeitschrift für angewandte Chemie“ das Bären oder Faulen der nassen Lumpen zur Erleichterung der späteren Zerkleinerung eingeführt worden sein.

Die neuen Millionäre. In einem Karlsbader Briefe der „Frankfurter Zeitung“ liest man unter anderem: „Wenn man nicht wüßte, daß Krieg ist, wenn man nicht täglich und stündlich an das blutige Chaos erinnert würde, man könnte wahrhaftig in Karlsbad glauben, daß sich blauester Friedenshimmel über dem grünen Segen des herrlichen Böhmerwaldes wölbe.“

ausländische zu verhindern, hat nunmehr das preussische Landeskonsulat den Verkauf von Schweinen über 100 Pfund Gewicht verboten. Solche Schweine dürfen nur noch den für städtischen Organen der Viehhändlerverbände angeboten werden. Wir möchten ein völlig unpolitisches Interesse liegende Mahnregel halten, denn nun werden unverständliche Leute eben geringere Schweine der allein zulässig erscheinenden (schwerständigen) Mast entziehen und damit nur Schaden stiften.

Stadtverordnetenwahlen in Elbing.

Am 13. November wählte die dritte Abteilung zwei neue Stadtverordnete für die bisher von unseren Genossen Sieple und Peter vertretenen Sitze. Die bürgerlichen Parteien hatten keine Kandidaten aufgestellt. So wurde also, ganz im Gegensatz zur Provinzialhauptstadt Danzig, im vollen Bürgerleben gewählt. Im dritten Bezirk, der 1500 Wahlberechtigten hat, stimmten von den 38 erschienenen Wählern 87 für unseren Genossen Peter Hantke. Im fünften Wahlbezirk, der 2211 Wahlberechtigten zählt, wählten 55 Wähler. Sie stimmten sämtlich für den Genossen Heinrich Perschon. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion zählt nun wieder 16 Vertreter.

Sozialdemokratischer Verein Elbing.

Die Parteiversammlung am 10. November war auf behalt Genosse Kinsel erstattete Bericht vom dem Resultat ihrer Bemühungen, die am 13. November stattfindenden Stadtverordnetenwahlen in burgfriedlicher Weise durchzuführen. Auf sein Schreiben antworteten einige bürgerliche Parteimitglieder, daß sie Gegenkandidaten — es handelte sich um Erlagskandidaten für die Genossen Otto Peter und Steppke — nicht aufstellen werden. Andere antworteten nicht. Es sei aber (was sich inzwischen bestätigte, Red.) anzunehmen, daß Gegenkandidaten von keiner Seite aufgestellt würden. Ohne Diskussion wurde diese Angelegenheit erledigt. Gegen zwei Stimmen wurden die Genossen Peter Hantke und Genosse Perschon einstimmig als Kandidaten aufgestellt.

Die Abrechnung vom 3. Quartal gab Genosse Marg. An Beiträgen gingen ein 256,33 Mark. Die Ausgaben betrugen 221,47 Mark. Der Kassenbestand beträgt 788,27 Mark. Dem Kassierer wurde widerspruchsfrei Entlastung erteilt. 232 Mitglieder, darunter 86 weibliche, gehören dem Verein an. Angeregt wurde in nächster Zeit eine umfassende Agitation für den Verein und die Volkswacht zu entfalten.

Elbing. Die Sozialdemokratie und der Krieg. über dieses Thema sprach am Donnerstag, den 16. November Genosse Reichstagsabgeordneter Hermann Wollenbuhl im ersten Saale des Gewerbehauses. Der Besuch der Versammlung war überaus stark. Der große Saal und die anschließenden Nebenräume waren geradeweg überfüllt. Die Zahl der Besucher wurde von mehreren Seiten auf etwa 2000 geschätzt; alle Schichten der Bevölkerung waren vertreten, darunter zahlreiche Frauen. Genosse Kinsel eröffnete gleich nach der festgesetzten Zeit die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß dies die erste öffentliche Versammlung seit Ausbruch des Krieges sei die der Parteileitung abgehalten erlaubt wurde.

Genosse Wollenbuhl entledigte sich seiner Aufgabe in einer etwa 1 1/2 stündigen großangelegten Rede. Er schilderte die Ursachen, die zum Kriege führten, sprach über die Koalition der Gegner und ihre gewaltigen Anstrengungen zur Einkreisung Deutschlands. Die deutsche Sozialdemokratie habe die Verteidigung des Landes die Mittel bewilligt. Sie habe aber gefordert und fordere heute, daß Frieden geschlossen werde sobald das Ziel der Sicherung erreicht sei. Es gäbe aber in allen kriegführenden Ländern einzelne Leute und Organisationen die so weitgehende Kriegsziele aufstellten daß wenn es sich ihnen gehen würde, der Krieg noch sehr lange fortgeführt würde. Dessen Vermeidung müsse ein entschlossener Dampfer ausgehen werden. Die Ernährungsfrage hätte gleich bei Beginn des Krieges in geordnete Bahnen gelenkt werden müssen. Theoretisch sei alles sehr schön auf dem Papier eingerichtet. Die Durchführung lasse aber in der Praxis sehr viel zu wünschen übrig was jeden Tag in die Erfahrung tritt. Die Verharmlosung der Kriegsmisere sei immer noch möglich. Der Kassenbericht müsse organisiert werden, daß die Ware an die Arbeiter, Freie und Vertriebenen zugute kommt.

Unser Feinde haben immer noch große Schwächen. Der Beschäftigte habe schon mehrfach seine Vereinnahmung zum Frieden fundieren habe aber auf der anderen Seite keine Gegenkräfte gefunden. Die später Reden Wollenbuhls und Genossen Wollenbuhls im weitesten Umfang, daß die Schiedsgerichtsbarkeit einnehmen. Es scheint auch die ab Witten der gleichen

Art sein wäre. Damit ist schon viel erreicht. Die Friedensfrage immer neue Anhänger in allen Ländern. Es würde sich dann durchsetzen gegen den Willen der Kriegstreiber. Der Wiederaufbau der Gesellschaft im Sinne der Neuorientierung erfolgen. Eine Vorlage über die Arbeitspflicht werde in nächster Zeit an den Reichstag kommen. Es wird Aufgabe der Arbeiter sein, sich rechtzeitig mit dieser Frage zu befassen. Der Arbeiterfrage müsse die größte Beachtung geschenkt werden. Alles Leben müsse erhalten werden. Schutz für die schwangere Frau, für den Säugling und die ganze Arbeiterklasse müsse gefordert und gewährt werden. Nur durch absolute Einigkeit werde die Arbeiterklasse Vorteile erreichen. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Diskussion fand nicht statt. Genosse Kinsel schloß die Versammlung mit der Aufforderung zum Beitritt zur Organisation.

Thpt. Städtische Schweinemästerei. Die Fleischversorgung der Stadt wird vom Magistrat energisch betrieben. Außer der Schweinemasterei auf dem Grundstück Moritzlehner eingerichtet. Ferner verkaufe der Magistrat auch Gänse. Wie der Magistrat betont, sind die Gänse gemästet, so daß ein Preis von 2 Mark für ein Pfund als niedrig bezeichnet werden kann.

Thorn. Städtische Wärme- und Arbeitsräume für Personen und Familien, die bei dem jetzigen Petrokummangel ihre Wohnräume nicht ausreichend beleuchten können, hat die Thorer Stadtverwaltung eingerichtet. Der Zweck ist insbesondere, den Frauen, die wegen mangelnder Beleuchtung zu Hause nicht die notwendigen Handarbeiten verrichten können, hierzu in den gestellten Räumen Gelegenheit zu geben. Speisen und alkoholfreie Getränke dürfen mitgebracht werden. Zum Besuch dieser Räume werden Eintrittskarten zum Monatspreis von 10 Pfennig für eine Person und 5 Pfennig für Kinder unter 14 Jahren ausgegeben. Bisher sind auf drei verschiedenen Stellen der Stadt solche Räume eingerichtet. Bei erwiegenem Bedürfnis sollen weitere Aufenthaltsräume eingerichtet werden.

Flotow (Weitzpr.). Ein Landrat an die Landbewohner. Der Landrat des Flotower Kreises macht bekannt, daß die Butterablieferungen der mittleren und kleinen Buttererzeuger in seinem Kreise fortgesetzt in einem Maße zurückgegangen, das dem Rückgang der Mäherzeugung nicht entspricht. Bei den durch die Polizeibehörden vorgenommenen Revisionen sind zahlreiche Übertretungen der bestehenden Bestimmungen festgestellt worden. Die Schuldigen sind vom Landrat zur Bestrafung angezeigt worden. In der Bekanntmachung ersucht der Landrat die Landwirte in seinem Kreise, im eigenen Interesse sich den bestehenden Bestimmungen zu fügen weil dies im vaterländischen Interesse unbedingt notwendig ist. Die Revision der Landwirte sollen dauernd fortgesetzt werden.

Aus der Partei

Um den Vorwärts.

Der Vorstand der Wahlvereine für Groß-Berlin hat, wie wir bereits meldeten, einen Beschluß gefaßt. Der auf den Boykott des Vorwärts hinausläuft, der Parteivorstand teilt demgegenüber mit, daß natürlich allen Leuten, die die Zahlung des Abonnementsgeldes verweigern, kein Blatt mehr geliefert werden wird. Dabei gibt er auch Kenntnis von einem Vorschlag, den er den Berliner Instanzen früher schon gemacht hat, um die Differenzen aus dem Wege zu schaffen. Er machte Anfang Juli 1916 den Vorschlag, den Vorwärts, das Zentralorgan der Partei, vom Berliner Volksblatt zu trennen, um beiden Teilen, nämlich der Gesamtpartei und den Berliner Genossen, zu ihrem Recht zu verhelfen. Nach dem Vorschlag konnten beide Blätter einen großen Teil des Tages gemeinsam benutzen, so die Parlamentsberichte, Berichte über Kongresse aller Art, Versammlungen, Stadtverordneten-Sitzungen usw. Außerdem konnten gemeinsam benutzt werden das fraktionelle Vermittlungs, Soziales und Informativ. Vollkommen selbstständig müßte für jedes Blatt natürlich die politische Redaktion sein. Der Vorwärts sollte unter Weglassung des jetzigen Unterrichts Berliner Volksblatt als Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erscheinen, während für das Berliner Volksblatt der Unterrichtsorgan der sozialdemokratischen Partei in Groß-Berlin empfohlen wurde. Er Elbing weiter vor, daß der Preis für beide Blätter der gleiche sein sollte und daß die Änderungen rechtzeitig im Vorwärts bekanntgegeben werden sollten, damit jeder

Abonnement bestimmen konnte, ob ihm die Zeitungsausträgerin nach einem bestimmten Termin an den Vorwärts oder das Berliner Volksblatt bringen sollte. Daß die gleiche Expedition beide Blätter zu expedieren, dieselben Austrägerinnen beide Blätter auszurufen gehabt hätten, war gleichfalls selbstverständlich. Am 15. August kam ein Schreiben beim Parteivorstand an, das folgenden Inhalt hatte:

R. G.

Zu den ferneren Verhandlungen über die Regelung der Vorwärtsfrage unterbreiten Prekominmission und Geschäftsführender Ausschuss folgenden Vorschlag:

Die Genossen Groß-Berlins verzichten auf den Titel: Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei.

Der Vorwärts geht, so wie er ist, in die alleinige Verwaltung der Berliner Genossen über und wird ihr Zentralorgan, unter Ausschluß eines irgendwelche gearteten Konkurrenzorgans in Groß-Berlin.

Die Druckerei des Vorwärts (Paul Singer u. Co.) ist anerkanntes Eigentum der Berliner Genossen; sie soll durch formalrechtliche Ute den Genossen Groß-Berlins sichergestellt werden.

Der geschäftsführende Ausschuss. J. V. geg. Adolf Hoffmann.

Diese Antwort auf den sachlich wohl begründeten Vorschlag mußte der Parteivorstand nicht nur als glatte Ablehnung ansehen, sondern auch als eine Verhöhnung empfinden. Der Verständigungsversuch war damit gescheitert.

Der Verlag „Vorwärts“ gibt bekannt:

In Groß-Berlin werden die Parteigenossen seit Beginn des Monats dazu zu bestimmen versucht, daß sie den „Vorwärts“ zwar halten, aber die Bezahlung des Abonnements so lange verweigern sollen, bis der „Vorwärts“ wieder aufgehört hat, seine Aufgabe als Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu erfüllen.

Diese Propaganda gegen den „Vorwärts“ läuft im Grunde genommen auf eine Verleumdung zu betrügerischen Handlungen hinaus. In der richtigen Annahme, daß mit der unehrlichen Parole: „Haltet den „Vorwärts“, bezahlt ihn aber nicht“, unter gestillten Menschen keine Erfolge zu erzielen sind, gingen die Synterismänner der gegen den „Vorwärts“ gerichteten Hege vom Verkappten zum unmittelbaren Boykott über, indem sie Propaganda für das Abonnement der „Leipziger Volkszeitung“ machten. (In den Kreisen der äußersten Linken der Opposition wird diese allerdings auch noch nicht als genügender „Vorwärts“-Erfolg angesehen, und deshalb für den „Braunschweiger Volksfreund“ Propaganda gemacht.)

Wenn dieser sinnlose Boykott auch nicht den beabsichtigten Zweck erreicht hat, so läuft er doch auf eine Schädigung des „Vorwärts“-Verlages und des einzigen Arbeiterblattes in Berlin hinaus. Unter denen, die systematisch für die Nichtbezahlung des „Vorwärts“ und für seine Boykottierung wirkten, befanden sich auch die „Vorwärts“-Redakteure Leib, Stadthagen und Ströbel.

Angehts dieser Tatsache ist es selbstverständlich, daß der Verlag auf die weitere Mitarbeit dieser drei Genossen in der Redaktion des „Vorwärts“, den sie ja zugrunde richten wollten, verzichtet. Das Gehalt wird den drei bisherigen Redakteuren, wemgleich sie keinerlei Anspruch darauf haben, vom Verlag bis zum Ende des Monats März 1917 bezahlt werden.

Gewerkschaftliches

Keine Kündigung des Holzarbeiter-Tarifs.

Die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, die am 14. November, abends, tagte, erklärte sich mit den zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter getroffenen Vereinbarungen einverstanden und beschloß, den noch bis zum 15. Februar 1917 geltenden Tarifvertrag nicht zu kündigen.

Aus aller Welt

Eisenbahnunglück.

Am Sonnabend vormittag gegen 9 Uhr fuhr der von den Berliner Stadtbahn abgelaufene Teil des Balkanzuges zwischen den Stationen Wilhelmshagen und Rahnsdorf in eine Kolonne arbeitender Frauen, die einem von Erkener kommenden Personenzug ausweichen wollten. Der herrschende Nebel und der Rauch der Lokomotive hinderten die Frauen daran, den näherkommenden Balkanzug zu erkennen. Der Balkanzug fuhr mit voller Geschwindigkeit in die Kolonne hinein und tötete 19 Frauen und Mädchen. Der Schnellzug setzte seine Fahrt ohne Unterbrechung fort, vermutlich da der Führer von dem Unglück gar nichts gemerkt hatte. Die Berührungspunkte wohnen in verschiedenen Ortschaften und im Osten Berlins.

APOLLO - THEATER

III. Damm Nr. 3

Spielplan vom 15. bis 21. November 1916

Vampire der Großstadt

Kriminalroman in 5 Akten

Der Sylock von Krakau

Großes Ständebild in 4 Akten

Gewalttätige Liebe

Walden-Drama in 2 Akten

Eiko-Kriegswoche

Karl mit dem Maschinengewehr

Div. Einlagen.

Sonnabend, Sonntag und Montag Große Schüler- und Familien-Vorstellungen.

Ab Dienstag 21. bis Freitag 24. November

Verhängnisse

Sensationsdrama in 5 Akten

Liebe macht blind Ihr Vater, der Skeriff

Sensationsdrama in 5 Akten

Drama

Deutscher Metallarbeiter-Verband Danzig

Brau 4. Damm 7. II.

Telephon 3103.

Am Sonntag, den 19. November, nachmittags 2 Uhr, im Saale des Schiachthof-Restaurants Englischer Damm 19

Gemeinl. Betriebsversammlung

aller in der königlichen Artilleriewerkstatt und Gewehr-fabrik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Zugordnung: 1. Berichterstattung über das Ergebnis unserer Eingaben und Verhandlungen. Referent Paul Frängel. 2. Freie Aussprache. [422]

Jahresliches und pünktliches Erscheinen erwartet durch Ortsverwaltung. J. A. Paul Frängel.

Echt gefädelten Schnupftabak garantiert rein.

Julius Gosda, Regiabatgroßhandlung und Schnupftabakfabrik Danzig, Ede Hätergasse 5 u. 2. Priesterstraße 5. Fernspr. 2428

Der Neue-Welt-Kalender für 1917

ist für 50 Pf. nach auswärts 10 Pf. Porto, zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32

Trauer-

Hüte
in
reicher
Auswahl.

Blusen
Handschuhe
zu billigsten
Preisen.

Julius

Goldstein

Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle.

Wir vertragenes Schuhwerk Gedr. Leder, Zeltstoffe, Fahrradmädel, Filz usw. selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich die

Nähmaschine Stepperin D.R.G.N.

Solide, beste Konstruktion. Nähmaschine wie Maschine. Leicht zu handhaben. Garantie für Brauchbarkeit. Viele Anerkennungen. Preis Mk. 2.50 mit Nachlieferung und Leinwand, verpackt und postfrei. In Lederhandlung, natürlich oder direkt durch

Joh. Zucker
Stuttgart-Botnang.

Zwei Städte

Roman von Charles Dickens

2 Bände von je 192 Seiten in 1 Band gebunden

nur 1 Mark.

Bei Versand v. Einzelk. 20 Pf. Porto.

Zu beziehen durch unsere Expedition u. Kolporteurs.

Aber an der Rückseite des Waldes standen einige einzelne Stämme; sie waren ebenso alt und stark wie die anderen im Walde, aber der Sturm hatte mit ihnen leichtes Spiel. Sie wurden mit ihren Wurzeln herausgerissen und zu Boden geschleudert.

Einige waren mitten durchgebrochen. — —
Seld einig! Jürgen Brand.

Kartoffelverladung.

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: Troßdem allgemein bekannt ist, daß zurzeit ein erheblicher Mangel an leeren Eisenbahnwagen herrscht, werden die gestellten Wagen von den Kartoffelverladern nicht mit der erforderlichen Sorgfalt und Schnelligkeit ausgenutzt. Teils wird zu spät verladen, teils die begonnene Verladung viele Stunden lang unterbrochen. Oft werden die fertigen Sendungen von den Kommissionären nicht rechtzeitig abgenommen, oft auch die Begleitpapiere zu spät beigebracht. In allen Fällen entstehen unnötige Wagenstillstände, die den ohnehin empfindlichen Wagenmangel wesentlich vergrößern. Alle diese Hemmnisse lassen sich bei aufmerkamer Behandlung vermeiden. Von dem Verständnis der Beteiligten für das Allgemeinwohl darf erwartet werden, daß diesem Hinweis die genügende Beachtung geschenkt wird, damit die Schwierigkeiten der Kartoffelverföhrung nach Möglichkeit verringert werden.

Vereinigung westpreussischer Ortskrankenkassen.

Als wir unlängst von der Tagung des Hauptverbandes Deutscher Ortskrankenkassen Mitteilung machten, berichteten wir, daß auch ein westpreussischer Unterverband dieser großen deutschen Vereinigung der Ortskrankenkassen gegründet werden solle. Es war nicht allein die Absicht, die westpreussischen Ortskrankenkassen zu gemeinsamer Arbeit im Dienst der Versicherten zu vereinigen. Wie die Dinge in Danzig liegen, spielte auch eine andere Absicht mit. Für die Allgemeine Ortskrankenkasse Danzig hatte deren bestellter Vorsitzender Magistratsassessor Berent an der Eisenacher Tagung des Hauptverbandes teilgenommen. Bei der Berichterstattung im Vorstände war er in mancher Hinsicht nicht befriedigt. Er hielt den Einfluß des Vorsitzenden, des Landtagsabgeordneten und zugleich Vizepräsidenten des sächsischen Landtages Frähdorf, für zu stark. Nach Berents Meinung müßte dagegen etwas getan werden. Am wirksamsten schien ihm die Gründung eines westpreussischen Unterverbandes. Diese hat nun am 12. November im hiesigen Hotel Reichshof stattgefunden. Die Verhandlungen führte Magistratsassessor Berent. Stadtrat Loop begrüßte die Tagung als Vertreter des Danziger Versicherungsamtes. Auch Vertreter anderer westpreussischer Versicherungsämter waren, nach dem uns zugegangenen offiziellen Bericht, anwesend. Zu dem Hauptpunkt der Verhandlungen hielt Landtagsabgeordneter Frähdorf einen eingehenden mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Ortskrankenkassen in und nach dem Kriege. Der vom Hauptverbande vorgeschlagene Sachverhalt wurde mit einigen Änderungen zugestimmt. 11 Ortskrankenkassen, darunter die von Thorn, Graudenz und Elbing, traten sofort dem Provinzialverbande bei. Die Vertreter von 4 weiteren Kassen behielten sich Erklärungen vor, weil sie keine Vollmachten von ihren Vorständen hatten. Der Vorstand des neuen Verbandes wurde aus sieben Personen zusammengesetzt. Gewählt wurden, als Vorsitzender Justizrat Fabian-Danzig, der christliche Gewerkschaftssekretär Gailowski-Danzig zum stellvertretenden Vorsitzenden, ferner Genosse Jäpel-Danzig, sowie die Herren Wendel-Thorn, Bollmeier-Elbing, Timm-Graudenz und Kanowski-Briesen zu Beisitzern. Die Geschäfte führt der Geschäftsleiter Lindenaue der Danziger Kasse.

Zu den Wahlen erfahren wir: Justizrat Fabian wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Daraus leitete er die Verhandlungen, die bis dahin Berent geführt hatte. Fabian teilte mit, für den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden seien zwei Herren Jäpel und Gailowski vorgeschlagen. Da sie verschiedenen Gruppen angehörten, dürfte eine Einigung unmöglich sein. Ein auswärtiger Vertreter meinte, es müsse doch von Danzig ein Vorschlag kommen, diesen würden die anderen Vertreter selbstverständlich anerkennen. Nicht allein diese Meinerung ließ darauf schließen, daß bereits eine Zusage wegen der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden erfolgt war. Nun erhob sich Assessor Berent und empfahl den Christlichen Gailowski besonders. Er berief sich auf die meisten Stimmen, über die dieser und seine Gruppe verfüge. — Wir möchten bemerken, daß der Assessor höchstens das Übergewicht der Stimmen gemeint haben kann, über das die christlichen Vertreter zurzeit im Vorstände verfügen. Von den acht Vertretern der Versicherten haben die freien Gewerkschaften im Vorstände jetzt nur noch zwei. Die übrigen sechs Sitze sind, im Widerspruch mit den früher von den Mitgliedern erhaltenen Stimmen, mit Christlichen — neben Gailowski noch fünf Damen — besetzt, übrigen merkte man von deren Anwesenheit auch bei diesen Verhandlungen, wie sonst im Vorstände, nichts. Sie machten sich, wie stets, nur in der Abstimmung bemerkbar. Genossin Käthe Leu wendete sich, gleich nach dem Assessor gegen dessen unrichtige Darstellung von der Mehrheit der christlichen resp. Sozialen Ausschuß-Stimmen. Entscheidend könne nur sein, die Zahl der von den Mitgliedern für die Vertreter abgegebenen Stimmen. Danach sei aber die Mehrzahl für die freien Gewerkschaften abgegeben worden! Das jetzige Mißverhältnis der Vertreter im Vorstände könne bei gerechter Würdigung unmöglich die Wahl gegen die freien Gewerkschaften beeinflussen. Nun nahm Gailowski, während er sonst überhaupt nicht redete, zur Verteidigung seiner eigenen Kandidatur das Wort. Auch er berief sich auf die größere Stimmenzahl, die hinter ihm stehe. Er behauptete, bei den Wahlen hätten die Christlichen und Hirsch-Dunckerischen, die auch vom Sozialen Ausschuß vertreten wurden, gegen die freien Gewerkschaften die größere Stimmenzahl erhalten. Es folgte dann die Abstimmung in der Weise, daß zuerst über den in zweiter Linie vorgeschlagenen Gailowski abgestimmt wurde. Für ihn stimmte, nach der Empfehlung durch Berent, der weitaus größte Teil der auswärtigen Vertreter. So wurde er stellvertretender Vorsitzender des Unterverbandes. Zu der Begründung dieser Kandidatur stellen wir zunächst fest, daß die

Mitglieder sich bei der am 28. September 1913 vorgenommenen Wahl des Ausschusses ungewöhnlich in ihrer Wehrheit für die freien Gewerkschaften ausgesprochen haben. Diese erhielten 2508 Stimmen, der christliche Ausschuß, mit dem auch der Verband weiblicher Angestellter verdrängt war, nur 2152 und die selbstständig vorgehenden Hirsch-Dunckerischen 268 Stimmen. Selbst wenn man diese beiden Gruppen, wozu gar kein Anlaß vorliegt, zusammen rechnet, bleiben sie mit 2420 Stimmen noch immer hinter den freien Gewerkschaften zurück. Dies gelangte auch bei der Befragung des Ausschusses deutlich zur Darstellung. Die freien Gewerkschaften erhielten darin 16, der Sozialer Ausschuß 13 und die Hirsch-Dunckerischen 1 Vertreter. Nur für die Wahl des Vorstandes gingen Christliche und Hirsch-Dunckerische zusammen und erreichten dadurch, daß die freien Gewerkschaften von den 8 Plätzen der Versicherten nur 4 erhielten. Wenn die Christlichen heute sechs Vorstandsmitglieder zählen und die freien Gewerkschaften nur zwei, so liegt das gewiß nicht an der Schwäche ihrer Position unter den Mitgliedern. Die auch dem Assessor bekannte entscheidende Ursache ist die Tatsache, daß die Vertreter der freien Gewerkschaften fürs Vaterland ins Feld ziehen mußten. Um so mehr hätte der vollbegründete Anspruch der freien Gewerkschaften auf den stellvertretenden Vorsitz von einem Manne, dem dies alles bekannt sein mußte, unterstützt werden müssen. Ferner ist die Frage begründet, warum man denn nicht auch eine Frau in den Vorstand wählte? Schon unter gewöhnlichen Verhältnissen stellen die Frauen einen erheblichen Teil der Mitglieder der Ortskrankenkassen. Im Kriege sind sie zweifellos deren erhebliche Mehrheit. Auch mit dem Einwande, daß man keine geeignete Kraft zur Verfügung hatte, läßt sich die Ausschaltung der Frauen nicht rechtfertigen. Untere Genossin Leu gehört dem Vorstände seit Gründung der Danziger Ortskrankenkasse an. Sie ist sicher befähigt, das Interesse der weiblichen Mitglieder auch an dieser Stelle wahrzunehmen. Von den christlichen Vertretern im Vorstände sind nicht weniger als sechs weibliche. Unter ihnen will manche entscheidende Befürworterin der Frauenrechte sein. Auch hier hat aber keine von ihnen auch nur angeregt, die Fraueninteressen in der notwendigen Weise durch Wahl einer Vertreterin zu wahren.

Künstliche Nahrungsmittel.

Auf dem Gebiet der Nachahmung von Lebensmitteln scheint Großes geleistet zu werden. Darauf lassen auch sehr unangenehme Erfahrungen schließen, die eine Frau H. machen mußte. Am 15. November sollte ihre neunjährige Tochter in der Markthalle etwas Käse kaufen. Das Mädchen wandte sich an eine Händlerin, die nach der Aufschrift an ihrem Verkaufstande Söhlemann heißt, und in Waldorf bei Danzig wohnt. Sie erklärte dem Kinde, daß sie festen Käse nicht mehr, aber dafür noch guten Schmierkäse habe. Von diesem verkaufte sie ein halbes Pfund für 50 Pfennig. Der Mutter kam das sonderbare Gemisch sofort verdächtig vor. Sie ließ es sofort im Untersuchungsamt der Landwirtschaftskammer nachprüfen. Dort wurde festgestellt, daß es eine Mischung aus Kartoffelbrei und Mohrrüben, die mit Zwiebeln und Salz und Pfeffer gewürzt war, sei! Die Händlerin konnte leider, obwohl Frau H. sie sofort nach der Rückkehr ihrer Tochter aussuchte, nicht mehr angetroffen werden. Die Dreistigkeit, mit der ärmeren Leuten solche Fälschungen aufgebunden werden, ist erschauernlich. Wir haben veranlaßt, daß die Angelegenheit durch die zuständige städtische Stelle weiter verfolgt wird.

Höchstpreise für Hafernährmittel.

Amlich wird uns geschrieben: Durch Verordnung des Bundesrats vom 2. November (R. G. Bl. S. 1242) sind Höchstpreise für Hafernährmittel festgesetzt, die bereits in Kraft getreten sind. Für Hafersoden, Hafersgrühe und Hafermehl, lose oder in Packungen, die sich beim Intrafitreten der Verordnung im Kleinhandel befunden haben, können Ausnahmen von den Höchstpreisen für Verkäufe zugelassen werden, die bis zum 25. November 1916 stattfinden (§ 3 der Verordnung). Zuständig für die Genehmigung der Ausnahmen sind nach einer Ermächtigung des Herrn Ministers des Innern die Herren Landräte, in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern die Gemeindevorstände.

Die Entstehung von Kriegspreisen

Es führt neuerdings vor der hiesigen Strafkammer ein lehrreiche Aufklärung. Der Gutsverwalter Maltz und der Kaufmann Erik Hirsch aus Danzig hatten sich wegen Betruges zu verantworten. Vor dem Kriege lieferte Hirsch Erbsen für 5,50 Mark den Zentner. Mit Ausbruch des Krieges wurde er Aufkäufer der berühmten Firma Prang, für die er jeden Posten Hülsenfrüchte und Getreide kaufen sollte. Beim Proviantamt glaubte man diese Erzeugnisse auch zu den höchsten Preisen loszuwerden. H. fuhr mit dem Auto der Firma Prang aufs Land; Maltz war sein sachkundiger Gehilfe. Dieser will aber die Spekulationsreisen ohne jeden Gewinn mitgemacht haben. Er kannte einen Besitzer Miller in Adlig Czapelu. Am 21. Oktober 1914 begaben sich die beiden Angeklagten zu diesem und erwarteten bei ihm den Aufschein, daß sie Beauftragte des Proviantamts oder der Intendantur seien. Schließlich verkaufte er ihnen seine ganze noch ungedroschene Erbsenernte zu dem Wucherpreise von 17 Mark für den Zentner. Das Proviantamt zahlte dann den Aufkäufern für den Zentner 30, 40 und sogar 50 Mark. Auch Miller hörte davon, daß das Danziger Proviantamt den Zentner mit 20 bis 33 Mark bezahle. Er verweigerte nun die Erfüllung des Kaufvertrages und verkaufte die Erbsen noch einmal direkt für 30 Mark den Zentner an das Proviantamt. Die beiden Angeklagten zeigten er wegen Betruges an. Diese wiederum verklagten ihn auf Erfüllung des Vertrages und Lieferung der Erbsen. Dieser Prozeß ist bereits in der zweiten Instanz abgewiesen. Die beiden Vertreter der Firma Prang wurden vom Schöffengericht in Partshaus wegen Betruges zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Vor der Strafkammer befand ein kaufmännischer Sachverständiger, daß der Zentner Erbsen zur Zeit des Kaufes bereits 25 bis 30 Mark gestiegen habe. Er stieg jedoch in 24 Stunden um weitere 20 bis 40 Mark. Das Gericht hielt die Strafe aufrecht. — Man ist hiernach wirklich mit gutem Recht im Zweifel, wer sich in diesem Falle „ge-

schäftlichiger“ um die Erzielung von Wucherpreisen bemüht hat. Schließlich ist es das Volk, das solche Erfahrungen teuer bezahlen muß. Schwer ist zu verstehen, daß die Militärverwaltung sich nicht besser gegen solche ganz un begründeten willkürlichen Preissteigerungen schützte. Wäre sie energischer dagegen vorgegangen, so wäre das der Allgemeinheit zugute gekommen. Sie hätte dazu die Möglichkeit durch Beschlagnahme und Bezahlung des üblichen Preises. Übrigens hätte daneben auch die frühzeitige Festsetzung mächtiger Höchstpreise wucherischen Bestrebungen entgegengewirkt.

Kriegswucher und Getreidebeschreibungen.

Wir haben bereits in der vorigen Nummer mitgeteilt, daß am 8. November auf Veranlassung des Berliner Kriegswucheramtes durch den Berliner Polizeikommissar Lehnert der Kaufmann Alfred Prang und der Generalagent Gustav Rasch verhaftet worden seien. Ihnen wird Kriegswucher und Beteiligung an Getreidebeschreibungen zum Vorwurf gemacht. Es handelt sich in der Hauptsache um Gerste aus der Ernte des Jahres 1915, die in großen Mengen spurlos verschunden ist. Die Beteiligten sollen von den Landwirten, vornehmlich aus der Dirschauer Gegend, durch Ueberbietung der Höchstpreise sich reine Gerste verschafft und diese dann mit Weizen und in anderer Weise künstlich gemischt, als Gemenge gehandelt haben. Der reelle Handel mit Gemenge war bis zum Dezember 1915 erlaubt. Schließlich wurde dann das „Gemenge“ gereinigt und die Gerste zu Grüze verarbeitet. In den Danziger Fällen soll es sich durchweg um verbundene Geschäfte mit Gerstengrüze handeln. Auch wurde Landwirten, die eine Hälfte ihres Ertrages, die sie nur im eigenen Betriebe verbrauchen durften, gegen hohe Preise abgekauft. Statt des Normalpreises von 24,60 Mark für den Zentner Gerste zahlten die unrecellen Händler bis zu 30 Mark. Sie selbst sollen Gerstengrüze dann wucherisch mit 120 Mark pro Zentner verkauft haben. Auch sollen Danziger Detaillisten die Grüze, die sie verkaufen sollten, nur zum geringen Teile an das Publikum abgegeben haben. Dann teilten sie im Schaufenster mit, daß ausverkauft sei und gaben den größeren Rest zu hohen Preisen an ihre dunklen Abnehmer weiter. Die unerlaubte Verarbeitung der Gerste zu Grüze soll besonders in der Mühle von J. Woelke in Ohra erfolgt sein. Der Mühlenbesitzer und sein Sohn, der als Soldat im wirtschaftlichen Interesse unentbehrlich beurteilt war, seien ebenfalls verhaftet worden. Verhaftet ist auch der Kaufmann Bruno Jakob, ferner die russischen Staatsangehörigen Kaufleute Wolf Beguhn, Motel Rosenzweig, Elias Rachmannsohn und Jaak Neuburger. Die letzteren sollen Kettenhandel mit der Grüze getrieben haben.

Die neuesten Nachrichten sprachen die Meinung aus, daß es scheine, als wenn die Angelegenheit sogar die Stufen der Börse berührte. Später ist dann auch der Proturist Hermann Pfeffer von der landwirtschaftlichen Großhandelsgesellschaft Ratzeisen verhaftet worden. Auch er soll unzählige Gerstengeschäfte mit Prang und Neuburger gemacht haben. Die Leitung des Betriebes erklärte jedoch, daß die Abschlüsse von einem jüngeren Angestellten gemacht wurden und dem Proturisten persönlich nicht zur Last fallen. Die neuesten Nachrichten nehmen sehr entrüstet zu den Vorgängen Stellung. Sie sprechen aus, daß es keine Strafe sei, wenn Rasch, der z. B. an 2500 Zentner Gerste rund 200 000 Mark verdient habe, dafür etwa 10 000 Mark Geldstrafe erhalte. Sie protestieren entschieden gegen Handlungen, in denen zum Ausdruck komme, daß es noch jetzt Leute gäbe, deren Gott das Geld sei und die kein Verständnis für des Vaterlandes Not zeigten.

Es sollen übrigens noch weitere Verhaftungen zu erwarten sein.

Wie man in kurzer Zeit reich werden kann, dafür ist der Fall des Futtermittelgroßhändlers Alfred Prang und des Generalagenten Rasch, die wegen Kriegswuchers verhaftet wurden, geradezu typisch. Der „E. Z.“ wird dazu geschrieben: Die Firma, deren Begründer inzwischen gestorben ist und deren Besitzer zwei Brüder sind, spielte vor dem Kriege in Danziger Getreide-, Saaten- und Futtermittelhandel keine besondere Rolle, gehörte allerdings zur inorporierten Kaufmannschaft. Dies änderte sich zu Ende vorigen und vor allem am Anfang dieses Jahres, wo man in kaufmännischen Kreisen über riesige Kriegsgewinne sprach, die Alfred Prang in wenig



einerschliesslich Kriegsaufschiebung
Troiz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten
ihre alten anerkannten Qualitäten
Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft.

Tausender Weile eingehandelt haben sollte. In dem Bureau der Familie gehörte nunmehr ein fetter Kutschwagen. Zwei große Silber legte sich Franz ebenfalls zu und sah mit Geringschätzung auf die Verab, die nicht ihre Zeit verstanden hatten in dem Ausbeuten ihrer Mitmenschen. Alfred B. wurde nur noch als der „Kriegsmittler“ bezeichnet. Schon seit längerer Zeit waren bei der Danziger Staatsanwaltschaft Anzeigen eingelaufen, die die Firma in Verbindung brachten mit krupelhaften Geschäftsmännern, die alles andere als Treu und Glauben anrecht erhielten. Die gesetzlichen Bestimmungen waren für Franz überhaupt nicht vorhanden. Gewaltige Getreidemengen sollen durch ihn dem heimischen Verkehr entzogen und unter falscher Bezeichnung in die Welt gegangen sein. Es handelte sich um eine weltverbreitete Geschäftstätigkeit, deren Mittelpunkt Berlin war. Anfolgedessen war die dortige Kriminalpolizei in den Ermittlungen tätig, und auch das Berliner Kriegswucheraamt widmete ihr ein besonderes Interesse. Auf Veranlassung des letzteren sind dann auch die Verhaftungen erfolgt, sämtliche Bücher und Geschäftspapiere der Firma sowie auch die des genannten Generalagenten beschlagnahmt. So sehr man das Vorkommnis bedauern muß, wird man doch Genugthuung über die Unschädlichmachung von Menschen empfinden, die nicht genug in der Ausbeutung der Notlage ihrer Mitmenschen zu leisten vermögen, und denen zur Anhäufung schnellen Reichtums jedes Mittel recht ist.

Die Danziger Kriegsverhaftungen sollten, so schreibt die Elbinger Zeitung, denjenigen Leuten zu denken geben, die aus der Notlage des Volkes möglichst große Vorteile zu schinden sich bemühen. Sie zeigen nämlich, daß nichts so fein gesponnen ist. Das Bemerkenswerteste in Danzig ist aber der Umstand, daß der kaum 25 Jahre alte Hauptbeschuldigte während der Kriegszeit anderthalb Millionen Mark einzuheimen und sich ein großes Rittergut zuzulegen vermochte. Dieser junge Mann machte in allem und jedem, selbstverständlich vorzugsweise in Kettenhandel. Wiederholt hatte man ihn wegen Ueberschreitung der

Höchstgrenze in Strafe genommen. Das machte ihm das Beispielweise hatte er an einem Posten von 100 Zentner Kaffeebohnen 4000 Mk. verdient und dafür 300 Mk. Buße zahlen. Und das war so gekommen. Ein halbes Tages hatte in Danzig eine Frau ein Pfund Kaffeebohnen gekauft und dafür 1 Mk. bezahlen müssen. Die Frau ging darob zur Preisprüfungsstelle, die den Kaufmann um Aufklärung suchte. Der Kaufmann konnte sich reinwaschen. Er hatte den Kaffee für 85 Mk. den Zentner gekauft. Der Verdienst von 15 Mk. konnte nicht als außergewöhnlich bezeichnet werden. Bei weiteren Ermittlungen stellte sich heraus, daß jener Kaffee für 45 Mk. der Zentner an den Großhändler Franz gekommen war, der denselben Kaffee für 85 Mk. an jenen Kaufmann weitergegeben hatte. Aus Versehen, denn im Kontor waren die Ziffern verwechselt worden; der Kaffee sollte nicht 85, sondern 58 Mk. kosten. „Mit dieser faulen Ausrede sollten Sie uns nicht kommen“, bemerkte ihm die Preisprüfungsstelle. Franz bezahlte ohne Wort und Widerrede die 300 Mk. Strafe und freute sich ob des verbliebenen Gewinnes von 3700 Mk. für eine verhältnismäßig kleine Lieferung. Kann man es ihm verdenken, daß er trotz aller Verurteilungen auf das Kriegswuchergefetz pfiff und weiter in Bucher und ähnlichen Dingen machte! Hätte man dem Franz den ganzen Gewinn des unter Anklage stehenden Geschäftes genommen, dann wäre er vielleicht zu einer anderen Ansicht gekommen.

Hierzu möchten wir noch bemerken, daß die hier gemeinte Firma Franz, deren Handelsbetrieb der Danziger Polizeipräsident übrigens neuerdings im erweiterten Umfange verboten hat, es zum Besitz zweier Güter gebracht hat. Der vorstehend gemeinte Alfred Franz erwarb das Gut Judau im Kreise Rarthaus. Sein Bruder Kurt Franz kaufte das Rittergut Wolla bei Pselpin.

— Zu 1000 Mk. Geldstrafe wegen Mißbräuchlicher Benutzung des Danziger Schöffengericht am Montag die Hofbesitzerin Frau Dau aus Bürgerweien bei Danzig, die bereits wegen des gleichen Vergehens vorbestraft ist, die Hofbesitzerin Hofstein aus Bürgerweien erhielt 500 Mk. und die Schmiedegesellenfrau Komatte aus Groß-Walther erhielt 300 Mk. Geldstrafe.

* Von der Druschprämie. Die von der Reichsgetreidestelle zurzeit bisher gezahlte Druschprämie von 12 Mk. für die Lonne gilt nur noch für Broitgetreidelieferungen bis zum 15. November 1916 einschließlich. Für Lieferungen nach diesem Tage bis einschließlich 15. Dezember wird noch eine Druschprämie von 10 Mk. für die Lonne gewährt. Für Broitgetreide das nach dem 15. Dezember abgeliefert wird, darf nach dem Gesetz eine Druschprämie nicht mehr gezahlt werden.

* Zur Feststellung von in Lazaretten unbekannt Verstorbenen hat das Kriegsministerium — Zentralschreibbureau — auf Grund von Photographien eine Sonderversteigerung zusammengestellt. Die Bilderabdrücke dieser Sonderversteigerung werden in den nächsten Tagen den Beauftragten bei den Ortspolizeibehörden zur Einsicht zugänglich gemacht.

Literatur

„Kriegsjaar“, Kampfgedichte 1914—1916. Von Dr. Franz Dieberich. Verlag Buchhandlung „Vorwärts“ Paul Singer & Co. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. In starkem Umschlag kostet es 1,50 Mk. Eine Ausgabe in farbigen Kappeinband kostet 2 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag.

— Georg Blumenthal: Die Befreiung von der Welt und Jenseitschaft. Ein neuer Weg zur Ueberwindung des Kapitalismus. Preis (96 Seiten) 1 Mk., größere Posten für Vereiner und Gewerkschaften nach Uebereinkunft. Die Auslieferung für den Buchhandel erfolgt nur durch Bernhard Hermann in Leipzig. Deutscher Verlag, Berlin-Dahlemer, Ringstraße 49.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur A. Bartel, Danzig. Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig. Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. P.

Seide ist nach wie vor Bezugsscheinfrei

I. Stock

Blusen- u. Besatz-Seide

Waschseide	ca. 47 cm breit, einzelne Farben	1 ²⁵
Waschseide	ca. 47 cm breit, grosses Farbensortiment	1 ⁷⁵
Messaline	weich u. glänzend, ca. 45 cm breit, viele Farben	1 ⁰⁰
Messaline	grosses Farbensortiment, ca. 45 cm breit	3 ²⁵
Taffet	ca. 42-47 cm breit, in grossen Farbensortiment	2 ⁷⁵
Paillette	weiche stumpfe Seide, ca. 45 cm breit, in vielen Farben	1 ⁹⁰
Schotten	neue schöne Muster, ca. 47 cm breit	2 ⁵⁰
Schotten	vernehme aparte Stellung, ca. 50 cm breit	4 ⁷⁵
Schwarz-weiße	Karos in Taffet u. Messaline-Bindung, Mtr. 3.50	2 ⁵⁰
Schwarz-weiße	Streifen i. Taffet u. Messaline-Bindung, Mtr. 4.75	2 ⁷⁵
Chiné-Seide	neue Blumen-Muster, hell und dunkel, Mtr. 5.50 4.50	3 ⁷⁵
Waschseide	schöne aparte Muster, hell und dunkel, Mtr. 5.25 4.50	2 ⁷⁵
Blusen-seide	ca. 37 cm breit, neue Streifen u. Karos, Mtr. 5.50	6 ²⁵

Farbige Kleider-Seide

Messaline	ca. 85 cm breit, helle und Mittel, farben	4 ²⁵
Messaline	ca. 90 cm br. it. vorzügliche Kleiderware, alle Modifarben	6 ²⁵
Paillette	ca. 85 cm breit, in modernen dunklen Kleiderfarben	7 ²⁵
Taffet	ca. 90 cm breit, weiche Kleiderware, in modernen Farben	7 ⁷⁵
Taffet	ca. 100 cm breit, weiche elegante Qualität, moderne Farben	9 ⁷⁵
Haitienne	ca. 100 cm breit, fein gerippte Taffet-Qualität, sehr elegant	12 ⁵⁰
Rohseide	ca. 85 cm breit, besonders vorteilhaft	3 ⁵⁰
Waschseide	(Japan) ca. 85 cm breit, elfenbein	5 ²⁵
Waschseide	(Japan) ca. 85 cm breit, schwarz und elfenbein	5 ⁷⁵
Reine Seide		
Voile-Ninon	schwarz, weiss und alle mod. Farben, 100 cm breit, Mtr.	5 ²⁵
Seiden-Voile	gleichmäss. klare Qual. in all. Farb., ca. 105 cm br. Mtr.	6 ²⁵
Crepe de chine	eleg. flüss. Qual., in all. Farb., 100 cm br. Mtr.	7 ⁵⁰

Schwarze Seide

Taffet	ca. 45 cm breit	Mtr. 3.25 2.40	1 ⁹⁰
Helvetia	stumpfe reine Seide für Blusen, 45cm breit	Mtr. 2.40	1 ⁸⁵
Paillette	ca. 45/47 cm breit, weiche stumpfe Qualität	Mtr.	2 ²⁵
Messaline	ca. 45/47 cm breit, glänzende fließende Qualität	Mtr.	3 ²⁵
Merveilleux	ca. 47 cm breit, solide Kleider- und Blusen-Qualität	Mtr. 4.50	3 ⁷⁵
Waschseide	stumpfes Gewebe, 100 cm breit, sehr vorteilhaft	Mtr.	3 ²⁵
Taffet	ca. 100 cm breit, weiche Chiffon-Qualität	Mtr. 7.50	5 ⁷⁵
Messaline	ca. 100 cm breit, weiche fließende elegante Qualität	Mtr. 9.50	7 ⁵⁰
Taffet-Radium	ca. 90 cm breit, hervorragende Kleider-Qual.	Mtr.	8 ⁰⁰
Seiden-Cachemire	100 cm br., vornehme Kleider-Qualität	Mtr.	8 ⁵⁰
Seiden-Crepon	ca. 95 cm breit, stumpfes Gewebe	Mtr.	6 ⁷⁵
Milusion	schweres kunstseidenes Gewebe, ca. 100 cm breit	Mtr.	8 ⁷⁵
Eolienne	schmiegsame Qualität, 110 cm breit	Mtr. 10.50	9 ⁵⁰

Seidene Unterzeuge

Herrenhemden	7 ⁵⁰
Herrenhemden	8 ⁵⁰
Herren-Beinkleider	7 ²⁵
Schlupfhöschen	6 ⁵⁰
Blusenschoner	5 ⁷⁵
Sportlätze	1 ⁷⁵

Seidene Konfektion

Bluse	Paillette-Seide, weiss, hell, rosa	13 ⁷⁵	Kleid	aus einfarb. Paillette, garn. Taille, Gürtelrock	49 ⁷⁵
Bluse	gute weiche Seide mit gest. Vorderteil	16 ⁷⁵	Kleid	schwere Paillette - Seide, Westenbluse, Chiff.-Aerm.	65 ⁰⁰
Bluse	gestreifte Seide in vielen Farbestellungen	17 ⁵⁰	Kleid	gute weiche Seide, Taille a. Voile Ninon in Stück	72 ⁰⁰
Bluse	Taffet-Seide in mod. Farb. Krage u. Revers weiss passel.	19 ⁷⁵	Kleid	solid. Taffet, Taille a. Chiff. u. Taffet, sehr elegant	88 ⁰⁰
Bluse	la. Paillette in vornehmen Lagen mit Samt-Garnitur	24 ⁷⁵	Kleid	la Eolienne, Stulpenärmel Rock mit gekraust. Passe	95 ⁰⁰
Bluse	Crepe de Chine I. verschied. Farben, mod. Krage	26 ⁷⁵	Kleid	la Taffet, Taille, schalartig garn. in vornehm. Farben	110 ⁰⁰

Seidene Strümpfe und Handschuhe

Damenstrümpfe	farbige Seide Pr.	1 ⁹⁰
Damenstrümpfe	schwarze Seide Pr.	2 ⁷⁵
Dam.-Strümpfe	farb. u. schw. Trama - Pr.	4 ⁰⁰
Handschuhe	reine Seide, gestrickt Pr. 3.-	2 ⁵⁵
Handschuhe	schwere Kunstseide	3 ⁵⁰
Handschuhe	halbseid. Trikot Pr.	2 ⁸⁵

Unsere Puppen- u. Spielwaren-Abteilung ist eröffnet!

I. und III. Stock

Aus der Puppen-Abteilung
I. Stock
Puppe weiss u. blond
mit 40 cm hoch
Dekorationen
95 Pfg.

FREYMANN

G. m. b. H.

Aus der Spielwaren-Abteilung
III. Stock
Mod. Maschinengewehr
Schnellfeuer-geschütz
27 cm lang, exakt
ausgeführt
1.75 M.